

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/142

Bonn, Ger. 29. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Wenn Chruschtschow kommt ...</u> Überlegungen zu einem möglichen Staatsbesuch	42
2	<u>Gedenkbriefmarker zum 20. Juli</u> Gut gemeint, halb gelungen Von Wolfgang Schwabe, MdB	28
3 - 4	<u>Es fehlt der Schwung</u> Beschämende Bilanz des bayerischen Kultusministeriums	76
5 - 8	<u>Jetzt politische Stabilität in Italien ?</u> Nach Überwindung der Regierungskrise Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	64
6	<u>Es kommt nicht allein auf das Geld an</u> Entwicklungspolitik im "neuen" Licht	32

Wenn Chruschtschow kommt ...

Überlegungen zu einem möglichen Staatsbesuch

G.K.- Wenn Chruschtschow in die Bundesrepublik kommt, dürfte ihm bewußt sein, daß es sich bei diesem Besuch nicht nur um eine "Show" handeln kann. Gewiß könnte auch ein Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik von Nutzen sein, wenn der mächtigste Mann im Krem! sich damit begnügen würde, festzustellen, wie wir in der Bundesrepublik leben und was wir denken. Aber 20 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg weiß Chruschtschow sicher auch, daß auf den Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze eine Sorge lastet, die nicht mit freundlichen Gesten und Redensarten verdeckt werden kann.

Das hat auch Chruschtschows Schwiegersohn, Adschubej, zu Beginn dieser Woche in einer kurzen Ansprache während eines Essens in der Villa des Sowjetbotschafters Smirnow vorsichtig zum Ausdruck gebracht. Adschubej stellte zunächst fest, daß man in den Beziehungen zwischen Bonn und Moskau nicht weitergekommen, ja, sogar einige Schritte rückwärts gegangen sei. Und der Schwiegersohn fügte in einem Nebensatz hinzu, AUCH WIR - womit er wohl sagen wollte, daß die Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen sicher nicht allein in Bonn zu suchen sei.

Das war eine bemerkenswerte Äußerung Adschubejs, die an Gewicht gewinnt, wenn man davon ausgeht, daß Moskau bisher jeden Rückschritt in den Beziehungen zur Bundesrepublik auf das Schuldkonto Bonn schrieb.

Auch eine andere Bemerkung Adschubejs bei diesem von keinem "Protokoll" belasteten Zusammentreffen ist nicht uninteressant. Der Chefredakteur der sowjetischen Regierungszeitung ISWESTIJA meinte in seiner kurzen Tischrede, man dürfe 20 Jahre nach Ende des Krieges die junge Generation nicht mit den Fehlern und ungelösten Problemen der Vergangenheit belasten.

Sicher zählt sich Adschubej selbst zu der jungen Generation, von der er sprach. Wenn der Besuch seines Schwiegervaters Chruschtschow in der Bundesrepublik auch in diesem Geiste gedacht ist, kann dies für beide Seiten nützlich sein.

Noch ein Gedanke drängt sich bei den Überlegungen auf, welche Wirkungen Chruschtschows Besuch in Bonn haben könnte. Für den Osten ist die Teilung Deutschlands und damit die Spaltung Europas auch eine schwere Hypothek des zweiten Weltkrieges. Diese Hypothek abzutragen, ohne die berechtigten Sicherheitsansprüche aller unter der Teilung leidenden Völker zu schwächen, wäre eine große Tat, der heute 70-jährigen Staatsmänner zum Besten jener Generationen, die nach ihnen die Verantwortung für das Wohl der Völker übernehmen müssen.

Gedenkbriefmarken zum 20. Juli

Gut gemeint, halb gelungen
Von Wolfgang Schwabe, MdB

Die Deutsche Bundespost hat zum 20. Jahrestag des 20. Juli 1944 acht Gedenkmarken herausgegeben. Das sei dankbar anerkannt. Es wäre nur zu begrüßen, wenn recht viele Postbenutzer, private und amtliche, für eine gewisse Zeit diesen Marken den Vorzug geben wollten. Von der Verwendung her macht es deshalb keine Schwierigkeiten, weil alle acht Marken auf den Briefportowert von 0,20 DM lauten. Ein Aufschlag wird nicht erhoben. Im Gegensatz zu den üblichen Bogen zu 50 oder 100 Marken wird diese Sonderausgabe im Achterblock gedruckt und verkauft. Ein weißer Umrandungsstreifen trägt die Worte: "Dem deutschen Widerstand zum Jahrestag des 20. Juli 1944/1964".

So weit, so gut. Der Markenblock wird mit Sicherheit von allen Sammlern gekauft und wohl verwahrt werden. Ob die Einzelmarken verwendet und, wie es wünschenswert wäre, breit gestreut werden, hängt vom Verbraucher ab. Fraglich bleibt freilich, ob diese Sondermarken wenigstens in diesem günstigsten Fall auch ihren Zweck erfüllen und die Menschen unserer Tage daran erinnern, daß es vor zwei Jahrzehnten todesmutige Idealisten gegeben hat, die um den Preis ihres Lebens den Absturz Deutschlands in das Chaos aufzuhalten versuchten. Gerade diese wichtige Aussage aber läßt die - künstlerisch gewiß tadelsfreie - Ausführung leider vermissen. Neben den schwarzen Porträtzeichnungen auf grauem Grund stehen jeweils die Namen der Dargestellten und ihr Todestag. Hier fehlt leider ein Hinweis wie "Gestorben für die Freiheit".

Der staatspolitische und zeitgeschichtliche Bildungsstand vieler unserer Mitbürger ist trotz ernsthafter Bemühungen noch immer beklagenswert schwach. Im vorliegenden Fall wurde, wie es scheint, eine breit gestreute Unterrichtsmöglichkeit nicht gebührend genutzt.

29. Juli 1964

Es fehlt der Schwung

Beschämende Bilanz des bayerischen Kultusministeriums

epk - Wenn die bisherige Entwicklung nicht mit größtem Nachdruck beschleunigt wird, dann wird es in Bayern noch 50 Jahre dauern, bis die ein- bis dreiklassigen Volksschulen verschwunden sein werden. Das ist die Wirklichkeit, die aus dem Bericht des Bayerischen Statistischen Landesamtes vom 5. Juni 1964 über die "Allgemeinbildenden Schulen in Bayern" zu entnehmen ist.

Das Kultusministerium veröffentlichte am 27. Juli 1964 eine Aufstellung über die Zahl der einklassigen Schulen von 1957 bis 1963. In der Einleitung wird gesagt, daß in der Presse der Bundesrepublik immer wieder Zahlen über die Entwicklung der einklassigen Volksschulen in Bayern auftauchten, die falsch seien. Aus der Veröffentlichung geht hervor, daß der Anteil der einklassigen Schulen in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 1 Prozent gesunken sei. Das Kultusministerium weist darauf hin, daß die Minderung in den Jahren 1962/63 teilweise auf die Auswirkungen des Schulverbandsgesetzes zurückzuführen sei "das die Möglichkeiten zu einer reich gegliederten Schule eröffnet hat". Schon das ist ein Fehlschluß, denn der durch die seit dem Jahre 1957 durch stärkere Schülerjahrgänge bedingte Rückgang der einklassigen Schulen wurde, wie die Aufstellung zeigt, seit dem Inkrafttreten des Schulverbandsgesetzes nicht beschleunigt.

Um die Fortschritte zu befriedigend ausgebauten Volksschulen richtig beurteilen zu können, ist eine Gegenüberstellung der jetzt von allen Seiten als unzulänglich erkannten Schulen zu den gut gegliederten erforderlich. Aus der Aufstellung des Statistischen Landesamtes ergibt sich, daß gegenüber dem Vorjahr die einklassigen Schulen um 0,2 Prozent und die zweiklassigen um 0,1 Prozent abgenommen, die dreiklassigen jedoch um 0,4 Prozent zugenommen haben. Die wenig gegliederten (ein- bis dreiklassigen Volksschulen) machen also im Schuljahr 1963/64 immer noch 65,1 Prozent (im Vorjahr 66 Prozent) aller Volksschulen aus. Sie werden von 36,5 Prozent (Vorjahr 31,4 Prozent) der Volksschüler besucht. Diese Schulen und die sie besuchenden Schüler sind also in einem Jahr um 0,9 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber stieg der Anteil der vier- bis siebenklassigen Schulen um 0,9 Prozent (von 24,2 auf 25,1 Prozent), während die vollausgebauten bei 9,8 Prozent stehengeblieben sind. Der Anteil der vollausgebauten Schulen in Bayern hat also noch nicht einmal die 10-Prozent-Grenze überschritten.

Die vier- bis siebenklassigen Schulen wurden von 41 Prozent (im Vorjahr 39,8 Prozent) aller Volksschüler besucht. Hier ist eine Steigerung von 1,2 Prozent eingetreten. Der Anteil der Schüler, die vollausgebaute Schulen besuchen, ist sogar gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent (von 28,8 auf 28,5 Prozent) zurückgegangen. Ein Vergleich mit Hessen, wo 62 Prozent der Volksschüler vollausgebaute Schulen besuchen, zeigt, wie weit Bayern zurückliegt.

Während in Hessen trotzdem mit Hochdruck Mittelpunktschulen gebaut werden, so daß mit der Beendigung der Landschulreform schon in wenigen Jahren zu rechnen ist, versucht das Bayerische Kultusministerium die fehlende Energie durch das Verbreiten von Halbwahrheiten zu verdecken. Es genügt eben nicht, ein Gesetz zu schaffen, "das die Möglichkeiten zu einer reicher gegliederten Schule eröffnet", wenn zugleich die kleinen betroffenen Gemeinden sich selbst überlassen bleiben. Im Vorjahr ist es zwar durch Interpellation der SPD im Landtag und deren großen Widerhall in der Öffentlichkeit gelungen, die CSU und das Kultusministerium zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung zu bewegen, die nötige Initiative der Regierung ist jedoch ausgeblieben. So blieb z.B. die Höhe der Zuschüsse für den Neubau gutgegliederter Landschulen offen, und die Übernahme der Kosten für den Betrieb von Schulbussen ist völlig ungeregelt. Solange das Wort des Ministerpräsidenten bestehen bleibt, daß die Volksschulen "erghbar" sein müssen, wird eine wirkliche Landschulreform verhindert. Bei dieser Haltung des Ministerpräsidenten und anderer Regierungsmitglieder ist es kein Wunder, daß der Schwung fehlt. Aufgabe der Regierung wäre es, zu überzeugen und um den Fortschritt zu ringen, statt dessen wird sogar die Eigeninitiative in den Gemeinden und Kreisen gelähmt.

Aufgegeben hat das Kultusministerium endlich die Zahlenspielerlei mit den bestehenden Verbandsschulen. Daß sie kein Maßstab für die Verbesserung des Volksschulwesens sind, geht ebenfalls aus dem Bericht des Statistischen Landesamtes hervor. In Bayern sind 29,5 Prozent der Volksschulen Verbandsschulen, sie haben sich gegenüber dem Vorjahr von 226 auf 2059 erhöht; 63,6 Prozent von ihnen sind jedoch ebenfalls nur ein- bis dreiklassige Schulen.

In dem Protest gegen die "Panorama"-Sendung über die CSU-Landesversammlung hieß es in einer Erklärung der CSU, "das moderne Bayern ist ein Land blühender Wirtschaft und ein Zentrum europäischen Geisteslebens. Die Politik der CSU hat daran hervorragenden Anteil". Leider hat es diese Politik nicht fertiggebracht, den Stand der Volksschulen nur annähernd dem Stand der anderen Bundesländer anzugleichen.

Jetzt politische Stabilität in Italien ?

Nach Überwindung der Regierungskrise

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Moro, Nenni und Saragat haben sich durchgesetzt. Die politische Linie, die darauf hinausgeht, eine Zusammenarbeit zwischen dem politischen Katholizismus und dem demokratischen Sozialismus aufrecht zu erhalten, hat die bisher höchst heikle Krise der letzten Wochen überwunden. Jeder der drei führenden Politiker, Moro, Nenni und Saragat, setzte sich eigene Ziele. Moro hat mit geduldiger Hartnäckigkeit jene Strategie verfolgt, von der er sich zwei bedeutende Ergebnisse erhoffte: das Verhüten der Isolierung des politischen Katholizismus und eine Kollision mit der Rechten des Landes. Beim Zustandekommen dieser neuen Regierung des linken Zentrums ist der Druck, der der rechte Flügel der Democrazia Cristiana - die sogenannte "Dorotei" - ausübt, ganz besonders hervorgetreten. Gefährlich für Moro war die längst erwartete Offensive der Fanfani-Gruppe, die anfangs von einer "linken" Stellung ausgegangen war und alles daran setzte, um durch ihr politisches Manöver zum Zünglein an der Waage zu werden. Moro tritt also geschwächt aus dieser Regierungskrise hervor und ist innerhalb seiner Partei auf gefährliche Konkurrenten gestossen.

Nenni hat seine seit langen eingeschlagene Richtung, die Demokratisierung der Sozialistischen Partei, durchhalten können, was aber auf Kosten der Einheit des autonomistischen Flügels der Partei gegangen ist. Lombardi und seine Gefolgsleute sind - zusammen mit dem linken Flügel - in die Opposition übergegangen und stimmen dem neuen Regierungsabkommen nicht zu.

Saragat ist von den drei Hauptakteuren des centro sinistra derjenige, der am meisten durch diese Krise gewonnen hat. Durch die Klärung innerhalb der Nenni-Sozialisten ist der Weg für eine künftige Wiedervereinigung der Sozialdemokraten mit den Nenni-Sozialisten weiter gebahnt worden.

Das viel unstrittene Regierungsprogramm, das centro sinistra, ist in seinen ökonomischen Teilen wirklichkeitsnäher als frühere Programme. Die Reformen - der Urbanistik und der Regionen - sind nicht ausgeklammert, aber in der zeitlichen Folge abgestuft worden. Die Opposition in den großen Unternehmerkreisen ist heute unzweifelhaft gedämpft. Andererseits hat sich diejenige der Kommunisten zugespitzt.

Der Öffentlichkeit ist während der langwierigen Diskussionen um die Bildung der neuen Regierung klar geworden, daß das centro sinistra keineswegs allein über dem berühmten Kapitel 88 des Budgets für das Unterrichtsministerium, dem die freigeistigen Parteien nicht zugestimmt haben, gestürzt wurde, sondern daß dieses für das moderne Italien ausserst bedeutende Kapitel nur einer der zahlreichen Versuche des rechten Flügels der DC war, um die Richtung der Regierung des linken Zentrums nach rechts zu verschieben.

In der Schulfrage ist hervorzuheben, daß der politische Katholizismus auf diesem Gebiet zu keinerlei Konzessionen bereit ist. Er behauptet die Interessen auf dem Gebiet des Unterrichtswesens und beansprucht von jeher die Aufsicht darüber. Wenn man bedenkt, daß die Privatschulen, die in Italien praktisch nur Konfessionsschulen sind, 1951 bloß 249 betrug und heute auf über 5000 angestiegen sind, so

wird klar, welche Bedeutung die Democrazia Cristiana dieser Frage zuschreibt. Wollten die Koalitionspartner der christlich-demokratischen Parteien eine Regierung des linken Zentrums um jeden Preis aufrecht-erhalten, so hätten sie darauf Rücksicht zu nehmen.

Wie lange wird die neue Regierung dauern? Das ist die Frage, die ganz allgemein von der Öffentlichkeit gestellt wird. Die politische Stabilität scheint dem Durchschnittsbürger kaum gesichert. Der Erfolg der neuen Regierung hängt im wesentlichen von der Möglichkeit ab, die ökonomische Krise zu überwinden. Diese weist weniger alarmierende Züge auf, bleibt aber auf dem Gebiet der Investitionen nach wie vor ernst. Die Sorge um die ansteigende Kurve der Arbeitslosigkeit ist allgemein.

Was die Parteien der linken Mitte berechtigt, das mühsam erreichte Abkommen als positiv zu werten, ist die Tatsache, daß damit die Bildung eines politischen Vakuums verhindert worden ist, das für die Demokratie nicht ungefährlich hätte sein können. In diesem Sinne haben Moro, Nenni und Saragat einen gemeinsamen Sieg errungen.

+ * +

Es kommt nicht allein auf das Geld an

Entwicklungspolitik im "neuen" Licht

sp - "Was lange währt, wird endlich gut", so heißt ein altes Sprichwort. Man muß daran denken, wenn man jetzt überall liest, daß Minister, hervorragende Wissenschaftler und andere Experten für Entwicklungsländer mit fester Stimme verkünden, bei der Entwicklungshilfe käme es nicht n u r auf das Geld an; man müsse auch dafür sorgen, daß möglichst viele junge Menschen in den Entwicklungsländern eine Ausbildung erhalten, die sie befähigt, die Probleme der Modernisierung der jungen Staaten selbst zu lösen. Das ist eine richtige Erkenntnis, zu der man nur sagen kann, es sei zu hoffen, daß es nicht wieder einige Jahre dauert, bis sie in die Tat umgesetzt wird.

Seit mehr als zehn Jahren sind viele Bücher zu diesem Thema geschrieben worden. Von Europäern, Asiaten und Afrikanern. In den meisten dieser Bücher hat man die Regierungen derjenigen Länder, die Entwicklungshilfe leisten, dringend davor gewarnt, in der schnellen Industrialisierung eines afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Staates nicht das A und O der Entwicklungspolitik zu erblicken. Auch die großen internationalen Organisationen und Stiftungen haben schon vor Jahren zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß eine gute Ausbildungshilfe für junge Menschen in den Entwicklungsländern besser ist, als die Errichtung spektakulärer Industriewerke, die meist bald zu eruptiven sozialen Bewegungen in Bevölkerungsgruppen führen, die man durch die Industrialisierung zwingt, einen Sprung vom frühen Mittelalter in das 20. Jahrhundert zu tun. Die Warnungen haben nicht viel genutzt; Milliarden wurden ausgegeben - sicher in guter Absicht - bevor jetzt allgemein im Westen u n d im Osten die neue Methode der Entwicklungshilfe angewandt wird.

Es wäre zu wünschen, daß im Zuge dieser erfreulichen Entwicklung zumindest im Westen die Erkenntnis reift, daß endlich Schluß gemacht werden muß mit den wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen einzelner westlicher Staaten und sogar Industriekonzerne in den Entwicklungsgebieten.

+ * +